

Hybrid Warfare – neue Dimension der terroristischen Bedrohung

Marc Oprach

Von jeher suchen Krieg führende Parteien nach Wegen, die Schwachstellen des Gegners für sich zu nutzen. Auch zehn Jahre nach 9/11 ist jedoch ein Mangel an Vorstellungskraft in Bezug auf „neue“ Bedrohungsformen zu konstatieren, da die Risikoanalyse auf die intellektuelle Erfahrungswelt der letztbeobachteten Bedrohungen beschränkt bleibt. Gerade hierdurch entsteht die Gefahr, dass ein strategisch denkender Gegner planerische Lücken erkennt und konsequent nutzt. Vor diesem Hintergrund kann der Begriff des „Hybrid War“ die Aufmerksamkeit auf eine notwendige Debatte lenken. Im Fokus stehen dabei staatliche oder nicht staatliche Gegner, die sich innerhalb eines Konflikts des vollen Spektrums konventioneller, krimineller, terroristischer und irregulärer Maßnahmen bedienen.

Unter der Überschrift „Hezbollah as Prototype“ bezeichnete der amerikanische Sicherheitsexperte Frank G. Hoffman den Libanonkrieg als Beispiel hybrider Konfliktszenarien. Der im wissenschaftlichen Diskurs entstandene Dualismus symmetrischer und asymmetrischer Kriege scheint in seiner Bewertung nach dem Libanonkrieg 2006 nicht länger hinreichend, da die radikalislamische Hisbollah in diesem Konflikt komplexe Waffensysteme einsetzte, die ansonsten ausschließlich in den Arsenalen nationalstaatlicher Armeen erwartet werden können. So führte der Verschuss einer Cruise-Missile, einer iranischen Variante der chinesischen HY-2, gegen ein israelisches

Schnellboot zum Tod von vier israelischen Soldaten.

Während der Einsatz einer Cruise-Missile durch die Hisbollah in der europäischen sicherheitspolitischen Debatte kaum Berücksichtigung gefunden hat, wurde der Begriff des „Hybrid War“ in nahezu sämtlichen US-amerikanischen Strategiepapieren aufgegriffen.

Gerade da im neuen strategischen Konzept der NATO die Transport- und Handelsrouten als besondere Gefahrenpunkte unserer Sicherheit und unseres Wohlstandes betrachtet werden, bedarf die in Deutschland erst begonnene Debatte um das Konstrukt der „Hybrid Threats“ einer weiterführenden Untersuchung.

Erwartbare Ziele hybrider Angriffe sind „kritische Infrastrukturen“. Hierbei handelt es sich um Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten. Die besondere Bedrohungswirkung von Angriffen auf diese Ziele liegt dabei vor allem in dem zu erwartenden Schaden effekt. Bereits kleinere, räumlich begrenzte Sicherheitsvorfälle können sofort globale und zeitlich wie finanziell einschneidende Folgeprozesse in Gang setzen, deren Wirkungen nahezu unsteuerbar sind. Hierbei ist offensichtlich, dass dem Themenfeld „Hybrid Warfare“ nicht rein militärisch zu begegnen ist.

Vielmehr werden im Folgenden Szenarien entwickelt, die die Komplexität eng abgestimmter Reaktionen herausstellen.

Szenario 1: Angriff auf Flugplätze und den Luftverkehr

Bereits kurz nach dem Sturz Gaddafis rief der UN-Sicherheitsrat die neue Führung in Tripolis zu einer schärferen Kontrolle der zahlreichen Waffen- und Munitionsdepots in Libyen auf. Insbesondere die Gefahr einer Weitergabe der über 20 000 mobilen Boden-Luft-Raketen aus dem Arsenal des ehemaligen libyschen Diktators führte zu einer einstimmigen Resolution des UN-Sicherheitsrats. Der russische Vertreter gab kurz vor der Abstimmung am 31. Oktober seiner Befürchtung Ausdruck, dass „die Raketen in die Hände von Terroristen fallen“ könnten. „Wir fürchten, dass sie gegen Passagierflugzeuge eingesetzt werden könnten.“

Auch in Deutschland wurde der unkontrollierte Handel mit den libyschen Raketen des russischen Typs SA-7 diskutiert. Diese von der Schulter abzufeuernenden Raketen, die umgangssprachlich meist als Fliegerfäuste bezeichnet werden, sind mit einem Infrarot-Suchkopf ausgestattet, der die Rakete nach grober Zielzuweisung durch den Schützen selbstständig auf die Triebwerkhitze eines Flugzeugs lenkt. Spätestens nachdem 2002 eine Rakete dieses Typs nur aufgrund eines glücklichen Zufalls eine in Mombasa startende israelische Boeing 757 knapp verfehlte, muss der terroristische Einsatz einer solchen Waffe als reale Gefahr gelten.

In Deutschland führten am 27. und 28. Januar 2010 alle sechzehn Bundesländer mit dem Bund auf Stabebene die Übung LÜKEEx durch. Der Begriff „LÜKEEx“ steht für Länderübergreifende Krisenmanagement-Übung/Exercise und bezeichnet eine Übungsserie im Bereich des nationalen Krisenmanagements in Deutschland. Thema der LÜKEEx 2010 war die

Durchführung von Terroranschlägen mit CBRN-Tatmitteln (*Chemical, Biological, Radiological and Nuclear Incidents*). LÜKEEx stellt keine Polizeiübung zur Verhinderung von Terroranschlägen dar, vielmehr geht das Übungsszenario davon aus, dass Polizei und Geheimdienste versagt haben und Terrorgruppen erfolgreich Anschläge verüben konnten. Bereits zu Beginn wurde simuliert, dass eine tragbare Flugabwehrrakete gegen ein Flugzeug verschossen wurde, die Terroristen außerhalb des Flugplatzes gestartet hatten.

Die Folgen eines solchen Anschlags auf den Luftverkehr wären gewaltig. Die Konsequenzen für den Passagierflugverkehr und die wirtschaftlichen Schäden für die Fluggesellschaften wären hierbei ebenso zu berücksichtigen wie die erheblichen Behinderungen im internationalen Frachtverkehr.

Als die Aschewolke des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull Mitte April 2010 weite Teile des europäischen Luftraums für lediglich eine Woche lahmlegte, konzentrierte sich das öffentliche und mediale Interesse vor allem auf die dadurch verursachten Ausfälle im Passagierflugverkehr. Doch gerade die Auswirkungen eines zeitlich befristeten Ausfalls des weltweiten Frachtverkehrs lassen sich angesichts der isländischen Vulkanwolke leicht abschätzen.

Anders als bei der Aschewolke würde der Luftverkehr im Falle eines Fliegerfaust-Angriffs auf unabsehbare Zeit gesperrt, sollte angenommen werden müssen, dass es sich nicht um eine Einzeltat handelte, sondern weitere Attentate zu befürchten wären.

Szenario 2: Angriff auf Hafenanlagen und Seehandelswege

Da sich in Szenarien hybrider Kriegsführung potenzielle Gegner auf besonders wirkungsreiche Punkte konzentrieren, muss neben dem Luft- vor allem der Schiffsverkehr als Ziel hybrider Attacken

erachtet werden. So sind die wirtschaftlichen Folgen eines größeren direkten Terrorangriffs, der einen Industriehafen auch nur für einen Tag blockieren würde, immens und in ihren weitreichenden Folgen kaum zu bemessen.

Auch die zeitweise Sperrung von Wasserstraßen ist spätestens seit dem Tankerkrieg Mitte der 1980er-Jahre während des ersten Golfkriegs zwischen dem Irak und Iran ein international diskutiertes Thema. Gerade in diesem Zusammenhang muss auf die jüngsten Drohungen der iranischen Führung verwiesen werden, die Straße von Hormus zu sperren. Aktuelle Aufrüstungsbestrebungen des Irans legen nahe, dass sich die iranische Marine verstärkt auf irreguläre Taktiken konzentriert, um gleichermaßen gegen gegnerische Kriegsschiffe sowie Handelsschiffe wirken zu können. Wendige Schnellboote, ausgestattet mit modernen Antischiffsraketen, sowie eine Anzahl von bis zu 5000 Seeminen legen nahe, dass disruptive Angriffe gegen Transport- und Handelswege als inhärenter Bestandteil der iranischen Militärplanungen zu betrachten sind.

Szenario 3: Angriffe mit Massenvernichtungswaffen

Eine weitere Gefahrenquelle stellt der Einsatz nuklearer, biologischer oder chemischer Kampfstoffe dar. Neben dem unmittelbaren Schadefekt würde ein solcher Angriff bereits bei versuchter oder lediglich ansatzweise erfolgreicher Verbringung erhebliche psychologische Wirkmechanismen bei der angegriffenen Bevölkerung entfalten. Auch das neue strategische Konzept der NATO nimmt explizit auf die von Massenvernichtungswaffen ausgehende Terrorgefahr Bezug.

Auffällig ist, dass innerhalb der NATO nicht ausschließlich die Bedrohungen durch nationalstaatliche Aufrüstungsbestrebungen in Bezug auf Massenvernichtungswaffen berücksichtigt, sondern auch Terrorgruppen als mögliche Ak-

teure wahrgenommen werden. Bereits das Sarin-Attentat von Tokio im Jahr 1995 hat gezeigt, dass auch diese Gruppierungen nicht vernachlässigt werden dürfen. Gerade die Gefährlichkeit von Kampfgasen ist erschreckend hoch, von Sarin sind beispielsweise bereits wenige Milligramm tödlich. Als im Januar 2005 im US-Bundesstaat South Carolina ein mit Chlorgas beladener Chemikalien-Zug verunglückte, kamen, obwohl sich der Unfall außerhalb dicht bewohnten Gebiets ereignete, acht Menschen ums Leben, rund 240 weitere Menschen litten unter Atembeschwerden oder trugen Verätzungen davon. Auch gezielte Anschläge auf mit Chlorgas beladene Züge bieten einem hybrid agierenden Aggressor Möglichkeiten, größtmögliche Effekte mittels äußerst begrenzter Aktionen zu erreichen.

So erscheint die Gefahr eines nuklearen Terrorangriffs insgesamt keinesfalls abwegig. Ziele solcher terroristischen Anschläge können alle Arten von Menschenansammlungen auf öffentlichen Plätzen, in Bahnhöfen, Flughäfen und bei Veranstaltungen sein. Massenpanik, Fluchtbewegungen sowie im Extremfall der völlige Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung sind hierbei denkbare Konsequenzen.

Jüngst bestätigte die US-Außenministerin Clinton während einer UN-Konferenz zur Überprüfung der Konvention über das Verbot biologischer Waffen diese Einschätzung. Sie verlieh am 7. Dezember 2011 ihrer Befürchtung Ausdruck, dass die Gefahr eines Terroranschlages mit Biowaffen stetig wachse: „Die Warnzeichen sind zu ernst, um sie zu ignorieren.“

Akteure der hybriden Kriegsführung

Die Besonderheit einer hybriden Bedrohung liegt in der strategischen Analyse der Verwundbarkeit unserer komplexen Wirtschafts- und Handelsströme in

Kombination mit dem militärisch präzisen und professionellen Angriff dieser Schwachstellen. Hierbei müssen hoch entwickelte Industrienationen anerkennen, dass nicht nur Terrorgruppen, sondern auch staatliche Gegner die eigenen Schwachstellen erkunden und sich darauf vorbereiten, diese anzugreifen.

Nachdem im Oktober Präsident Obama dem Iran vorgeworfen hatte, ein Terrorkomplott gegen den saudischen Botschafter in Washington geplant zu haben, befanden sich die iranisch-amerikanischen Beziehungen auf einem neuen Tiefpunkt. Wenngleich der iranische Religionsführer Ajatollah Ali Chamenei die Vorwürfe entschieden zurückwies und vor allem der Dilettantismus der Aktion gegen eine gezielte Steuerung durch iranische Verantwortliche spricht, muss der Vorfall dennoch als neue Dimension einer terroristischen Bedrohung verstanden werden.

Schon seit vielen Jahren zählt der Iran zu den Staaten, die den Terrorismus nahezu offen unterstützen. In einer im August 2011 vom US-Außenministerium veröffentlichten Analyse wird der Iran als „the most active state sponsor of terrorism“ bezeichnet. Die Organisation von Terrorakten durch Mitglieder der iranischen Revolutionsgarden in einem fremden Land muss hiervon jedoch klar abgehoben werden, wobei die iranischen Revolutionsgarden bereits seit Oktober 2007 aufgrund ihrer terroristischen Aktivitäten im Süden des Iraks in die vom US-Außenministerium veröffentlichte Liste der global agierenden Terrororganisationen aufgenommen wurden. Auch die im Juni 2010 vom UN-Sicherheitsrat verabschiedeten Sanktionen richten sich aus diesem Grund explizit gegen die *Iran's Revolutionary Guard Corps* (IRGC).

Wie verteidigt sich ein diktatorisches Regime, wenn es von NATO-Truppen angegriffen wird? Der Libyen-Krieg hat einmal mehr unter Beweis gestellt, dass ein Konflikt gegen die NATO militärisch

nicht gewonnen werden kann. Gerade aus Sicht der autokratisch regierenden Machthaber stellt sich jedoch die Frage, wie sich der Verlauf der Militärintervention entwickelt hätte, wäre es Gaddafi gelungen, ein global agierendes, militärisch trainiertes und bewaffnetes Terrornetzwerk in den Hauptstädten Washington, London und Paris zu aktivieren.

Als der neue Generalbundesanwalt Harald Range am 30. November den Verdacht bestätigte, dass der Iran Anschläge auf US-Militäreinrichtungen in Deutschland plant, konnte selbst ein bereits wenige Stunden später folgendes Dementi die Reaktion von Presse und Öffentlichkeit nicht mehr mildern. Da auch Außenminister Guido Westerwelle zur gleichen Zeit in Brüssel die Hinweise auf mögliche Anschlagpläne als „schwerwiegend“ und „ernst zu nehmend“ bezeichnete, kann bei einer Eskalation eines Konflikts mit dem Iran die Gefahr von gezielten Terroraktionen auch in Deutschland keinesfalls ausgeschlossen werden.

Somit ist ein Staat vorstellbar, der unter Nutzung seiner Armee, irregulärer Verbände, Milizen und lose alliierter terroristischer und krimineller Organisationen einen Konflikt konventionell und gleichzeitig terroristisch oder irregulär austrägt und alle diese Fähigkeiten weltweit koordiniert gegen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft eines Gegners einsetzt. Angriffe gegen Transport- und Handelswege wären dabei inhärenter Bestandteil der Auseinandersetzung.

Angeichts der dargestellten Szenarien und Akteure, die lediglich eine begrenzte Auswahl denkbarer Handlungsoptionen hybrider Gegner darstellen, lassen sich folgende Konsequenzen identifizieren:

Awareness (Sensibilisierung)

Gerade hochvernetzte, aufeinander aufbauende Systeme ohne ausreichende Redundanzen sind anfällig für Angreifer, die versuchen, eine größtmögliche Schadens-

wirkung zu erreichen und durch den Ausfall kleinerer Subsysteme einen kompletten oder zumindest groß angelegten Systemausfall zu erzeugen. Hierbei muss anerkannt werden, dass der gezielte Einsatz komplexer Waffensysteme gegen die unverzichtbaren Lebensadern moderner, leistungsfähiger Gesellschaften, wie Handels- und Finanzzentren, Hafenanlagen sowie Flugplätze, vorstellbar erscheint. Insbesondere die Fähigkeiten zur vernetzten Gefahrenanalyse einschließlich einer interdisziplinär angelegten Risikoidentifikation müssen im Bereich der hybriden Bedrohungen ausgebaut werden, wenngleich auch die bestmögliche Analyse nicht gänzlich gegen den Effekt der strategischen Überraschung immunisiert.

Aktives „Countering“

National müssen die weiterhin existierenden Abstimmungsprobleme zwischen nationalen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sowie die noch immer zu gering ausgeprägte Fähigkeit zur vernetzten Gefahrenanalyse weitgehend und schnell in Angriff genommen werden. Dies schließt eine interdisziplinär angelegte Risikoidentifikation und Krisenfrüherkennung ein. Neben der nationalen Optimierung polizeilicher wie militärischer Abwehrmaßnahmen sind zukünftig vor allem Maßnahmen einer erfolgreichen Nichtverbreitungspolitik zu intensivieren. Gerade der Proliferationsgefahr im Bereich der Massenvernichtungswaffen, Seeminen, Cruise-Missiles sowie Anti-Air-Missiles ist durch ein entschlossenes, multinationales Vorgehen zu begegnen. Ferner muss vor allem die NATO als Diskussionsforum genutzt werden, um Antworten auf die Gefahren hybrider Kriegsführung zu entwickeln.

Wie im Fall der Krisenreaktionsübungen LÜKEEx müssen die Folgen eines Angriffs im Rahmen von Großübungen

simuliert werden, um die praktischen Fähigkeiten im Katastrophenschutz möglichst realistisch zu üben.

Preparedness („Seismografik“ und Notfallpläne)

Auch zivile Wirtschaftsunternehmen sowie große Logistikunternehmen müssen sich auf diese Extremfälle vorbereiten. Daher werden diese regelmäßig eingeladen, an der seit 2004 stattfindenden LÜKEEx teilzunehmen, mit dem Ziel, die zur Krisenbewältigung aufgebauten Strukturen und Maßnahmen staatlicher und privater Partner als Baustein der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge kennenzulernen, zu beüben und weiterzuentwickeln. Diese gemeinsamen Übungen haben die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft vertieft in der Überzeugung, dass Krisenfälle nur gemeinsam zu bewältigen sind.

Insgesamt müssen hierzu vor allem die Wahrnehmung dieser komplexen Bedrohungen und die Vielschichtigkeit notwendiger Antworten als wichtigste Konsequenz gelten. Ein hundertprozentiger Schutz der Infrastrukturen und ihrer Leistungsfähigkeit ist jedoch nicht zu gewährleisten. Das bisherige Sicherheitsdenken muss sich hin zu einer neuen „Risikokultur“ transformieren. Diese neue Risikokultur bedarf einer offenen Risikokommunikation zwischen Staat, Bürgern und Wirtschaftsunternehmen sowie der Zusammenarbeit aller relevanten Akteure bei der Prävention und Bewältigung von Ereignissen. Eine solche neue Risikokultur, die auch eine verstärkte Selbstverpflichtung der Wirtschaftsunternehmen beinhaltet, zur Prävention und zur Bewältigung von Ereignissen aktiv beizutragen, ist geeignet, unsere Gesellschaft im Umgang mit wachsenden Verletzlichkeiten robuster und widerstandsfähiger zu gestalten.